



Pressemitteilung

Freitag, 7. August 2020

Recyclinghof an der Norderstedter Oststraße: Kooperation zwischen dem WZV und der Stadt endet zum 31. Dezember 2020

Norderstedt. Die Stadt Norderstedt geht davon aus, dass in puncto Recyclinghof die Kooperation mit dem Wegezweckverband (WZV) des Kreises Segeberg leider zum 31. Dezember 2020 beendet wird. Der WZV hat ein Kaufangebot für die Einrichtung an der Norderstedter Oststraße in Höhe von 4,05 Millionen Euro, das die Stadt unterbreitet hatte, immer noch nicht angenommen. Nunmehr hat der WZV-Geschäftsführer medial verkündet, man werde das Angebot ausschlagen. Der WZV möchte sich demnach erst Ende August mit seinen Gremien zu diesem Thema positionieren. Die abschließende Entscheidung fällt die Verbandsversammlung des WZV. Die Stadt Norderstedt wird ihrerseits jetzt unverzüglich damit beginnen, einen eigenen, zunächst provisorischen Recyclinghof zu realisieren. Mit einer Genehmigung wird bis Ende des Jahres gerechnet, so dass ein fristgerechter Start zum 1. Januar 2021 erfolgen könnte.

Bereits seit Jahren sieht sich die Stadt in einem Dauerstreit mit dem WZV hinsichtlich der Finanzierung des Recyclinghofes. Unter anderem wurden von Norderstedter Seite wiederholt fehlende Jahresabschlussrechnungen des Recyclinghofes bemängelt. Um einen Schlussstrich unter diesen Streit ziehen zu können und einen sauberen Schnitt zu ermöglichen, hatte die Stadt dem WZV ein Kaufangebot in Höhe von 4,05 Millionen Euro (netto) gemacht. Dies war zuvor vom Norderstedter Hauptausschuss so beschlossen worden. Vorangegangen waren ausführliche Verhandlungen zu einer möglichen Kooperationsverlängerung und zu möglichen Pachtmodellen, in denen es zu keiner Einigung kam. Die Höhe der Kaufsumme stellte nach Ansicht unabhängiger Fachleute ein mehr als attraktives Angebot dar.

Die Forderungen und Wünsche, die der WZV während der Verhandlungen stellte, und letztlich auch das Auf-Zeit-Spielen bei der Frage der Annahme oder Nicht-Annahme des Kaufangebotes, sorgen auf Norderstedter Seite für Frustration. Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder: „Die Stadt Norderstedt bedauert, dass es so aussieht, als dass es wiederum zu keiner gütlichen Einigung gekommen ist, und die Kooperation, so hat es für uns den Anschein, auf diese Weise beendet wird. Aber die Norderstedter Gebührenzahlerinnen und – Zahler können nicht auf Dauer die finanzielle Zeche zahlen.“